



Stadtratsfraktion

Mainz, 20.11.2019

Antrag 1732/2019/2 zur Sitzung Stadtrat am 20.11.2019

**Änderungsantrag zur Vorlagennummer 1732/2019 - gem. Antrag:
Obdachlosigkeit von Familien verhindern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD) (CDU)**

Die Beschlussvorlage wird in Ziffer 1 wie folgt geändert sowie um Ziffer 3 ergänzt:

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie das bereits bestehende, vorübergehende Angebot für obdachlose Familien ergänzt werden kann, sodass mehr Zielgruppen davon profitieren. Insbesondere soll dabei geprüft werden, inwiefern Frauen, die das Frauenhaus verlassen können, jedoch keine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finden, in das Angebot integriert werden können oder ob es ein neues Angebot erfordert. In diesem Fall wird die Verwaltung gebeten, in Gespräche mit der Wohnbau und anderen mit Wohnungsbau befassten städtischen Gesellschaften einzutreten, um prüfen zu lassen, ob diese Gesellschaften sogenannte Clearing Häuser zur Verfügung stellen können, die dann als städtische Notquartiere für eine Übergangszeit dienen. Dies ist ebenfalls aktuell auch für das Heilig-Kreuz-Areal zu prüfen. Bei der Entwicklung von anderen Wohngebieten wie der GFZ-Kaserne, der Kommissbrotbäckerei oder der Housing Area und auch bei zukünftig noch zu planenden Wohngebieten ist besonders zu prüfen, ob einzelne Wohnungen für akut von Wohnungslosigkeit gefährdete Familien und Frauen beziehungsweise Alleinerziehende mit Kindern angeboten werden können. Das Zeitfenster für den Verbleib sollte neun Monate nicht überschreiten.
3. Die vorhandene städtische Stelle Wohnraumsicherung und die Fachstelle für Wohnraumhilfe sollten zudem in Kooperation mit der Übergangsunterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ausloten, wie das bereits vorhandene Angebot ausgeweitet werden kann und die Platzkapazitäten insgesamt erweitert werden können.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Gez.
Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender